

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung
Samstag, 15. November 2008

Auch Orosz plant Initiative zum 13. Februar

Von Thilo Alexe

Die Rathauschefin will einen Aufruf zum Gedenken an die Bombenopfer und gegen Neonazis starten. Es ist der zweite in Dresden. Droht Streit?

Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) ruft eine Initiative ins Leben, um rechtsextremen Umtrieben im Umfeld des 13. Februar etwas entgegenzusetzen. Die Rathauschefin kündigte den Schritt am Freitag anlässlich ihrer 100-tägigen Amtsbilanz an. „Wir wollen einige Tausend Dresdner auf die Beine bringen“, sagte sie.

So zeichnet sich ab, dass zwei Initiativen am 14. Februar Gegenaktivitäten zu einem Neonazi-Aufmarsch mit mehreren Tausend Teilnehmern planen. Das von Gewerkschaften, Kirchen und vorwiegend linken Politikern getragene Bündnis „Geh Denken“ ruft zu einer Demonstration mit Kundgebung auf. CDU-Kreischef Lars Rohwer hatte Teile des Appells als aggressiv kritisiert. Orosz betonte, dass die überparteiliche Initiative nicht von ihr allein ausgehe. Prominente Dresdner des öffentlichen Lebens unterstützten sie dabei. Voraussichtlich in zwei Wochen will Orosz ihren Aufruf zusammen mit den Mitstreitern öffentlich verkünden. Sie nannte noch keine Namen. Dem Vernehmen nach wird Alt-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) zu den Unterstützern zählen.

Stille als Protest

Am 14. Februar planen Rechtsextremisten ihren mutmaßlich größten europaweiten Aufmarsch in Dresden. Sie nehmen dabei einen wirren Bezug auf die Opfer der Luftangriffe der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Orosz bezeichnete das Gedankengut der Initiatoren des sogenannten Trauermarsches als „widerlich“. Ziel ihrer Initiative sei es, am 14. Februar ein würdevolles Gedenken an die Kriegstoten zu ermöglichen. Orosz: „Jedes stille Gedenken ist ein Protest gegen Rechtsextremismus.“

Zum Ablauf der Veranstaltung machte die Oberbürgermeisterin keine näheren Angaben. Wahrscheinlich ist, dass es sich um eine große Andacht oder eine ähnliche Aktion mit ruhigem Charakter handelt. Mit Blick auf das Bündnis „Geh Denken“ äußerte sich Orosz zurückhaltend. Sie zweifle die hehren Motive der Unterstützer – dazu zählen Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) und Vertreter jüdischer Gemeinden – nicht an. Allerdings hätte sie Probleme damit, wenn Gregor Gysi eine Rede zum 13. Februar halte. Auch die nicht offiziell bestätigten Pläne der Veranstalter für einen Auftritt der Band die „Die Toten Hosen“ zur Antinazi-Kundgebung bewertete Orosz skeptisch. Sie habe nach vielen Gesprächen mit Dresdnern den Eindruck, dass die meisten ein ruhiges Gedenken bevorzugen. Lärm und Randalie schrecke sie ab.

Dresdens DGB-Chef Ralf Hron, der zu den „Geh Denken“-Veranstaltern zählt, gab sich zuversichtlich. „Ich gehe davon aus, dass wir gemeinsam der Opfer gedenken und etwas gegen Neonazis tun“, sagte er. Auch Christian Demuth von der Initiative „Bürger Courage“ kommentierte den Orosz-Vorstoß zustimmend: „Es ist gut, dass sich die Oberbürgermeisterin gegen Rechtsextremisten positioniert.“

Frauenkirche einbezogen

Noch nicht völlig geklärt ist, wie am Jahrestag des Angriffs der Opfer auf dem Heidefriedhof gedacht werden soll. An den Kranzniederlegungen am 13. Februar auf dem Heidefriedhof beteiligten sich in den vergangenen Jahren stets Rechtsextremisten. Vertreter der jüdischen Gemeinde hatten daher zuletzt ihr Kommen abgesagt. Orosz zeigte sich zuversichtlich, eine Lösung zu finden.

Zudem sei am 13. Februar eine Veranstaltung mit der Stiftung Frauenkirche geplant. „Da sind wir schon sehr weit gekommen“, sagte die CDU-Politikerin.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=1996413>
